

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

20.10.2023

# Inhalt

## EWN

1   <b>Nach Sturmwarnung: Verlegearbeiten von LNG-Terminal vor Rügen unterbrochen</b> <i>Ostsee-Zeitung.de, 19.10.2023</i> .....	3
2   <b>LNG-Terminal Verlegearbeiten für Pipeline wegen Sturmwarnung ausgesetzt</b> <i>SVZ.de (Schweriner Volkszeitung), 19.10.2023</i> .....	4
3   <b>Müllfrage nun vor Gericht</b> <i>Bergsträßer Anzeiger, 20.10.2023</i> .....	5
4   <b>Würgassen: Umweltminister zeigt klare Haltung</b> <i>Neue Westfälische - Höxtersche Kreiszeitung, 20.10.2023</i> .....	7

 Ostsee-Zeitung.de | 19.10.2023 WEBLINK

## RÜGEN

# Nach Sturmwarnung: Verlegearbeiten von LNG-Terminal vor Rügen unterbrochen

**Knapp die Hälfte der Unterwasserleitung für das geplante LNG-Terminal an Rügens Küste ist verlegt. Bis Ende des Jahres sollen es 50 Kilometer sein. Doch jetzt kommt ein Unwetter in die Quere.**

**Thiessow.** Die Verlegearbeiten der Anbindungsleitung für das umstrittene Rügener Flüssigerdgas-Terminal sind wegen der Sturmwarnung für die Ostsee vorübergehend unterbrochen worden. Das Schiff „Castoro 10“ habe sich entsprechend Wind und Wellen neu ausgerichtet und die Arbeiten ruhen, sagte ein Sprecher des zuständigen Gasnetzbetreibers Gascade am Donnerstag. Seitens des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie gibt es eine Sturmflutwarnung für die Ostseeküste, die auch das Gebiet um Rügen betrifft.

Die „Castoro 10“ ist etwa auf Höhe des Ortes Thiessow vor Rügen. Derzeit seien bereits etwa 22 Kilometer der insgesamt rund 50 Kilometer langen Anbindungsleitung verlegt worden. Die Pipeline-Rohre sind jeweils etwa zwölf Meter lang und haben einen Durchmesser von rund 122 Zentimetern. Die gesamte Pipeline soll bis Ende des Jahres verlegt sein.

### Die Diskussion um das LNG-Terminal vor Rügen

Die Offshoreleitung soll den Gasleitungsknotenpunkt Lubmin mit Mukran verbinden. Dort sollen zwei Spezialschiffe stationiert werden, die Flüssigerdgas (LNG) aufnehmen, wieder in den gasförmigen Zustand bringen und über die Anbindungsleitung ins Gasnetz einspeisen.

Die „Castoro 10“ wurde schon beim Bau der deutsch-russischen Gaspipelines Nord Stream 1 und 2 eingesetzt. Für die Anbindung an das LNG-Terminal werden nicht verwendete Röhren von Nord Stream 2 verbaut. Die Bundesregierung hatte sie zu diesem Zweck von der Nord Stream 2 AG gekauft.

Nach Ansicht des Bundes ist das Terminal wichtig für die Sicherheit der Energieversorgung auch im Falle eines kalten Winters oder falls andere Lieferwege ausfallen sollten. Kritiker sprechen hingegen von nicht benötigten Überkapazitäten und fürchten um die Umwelt Rügens und den für die Insel wichtigen Tourismus.

 SVZ.de (Schweriner Volkszeitung) | 19.10.2023 WEBLINK

## LNG-TERMINAL

# LNG-Terminal Verlegearbeiten für Pipeline wegen Sturmwarnung ausgesetzt

Die Verlegearbeiten der Anbindungsleitung für das umstrittene Rügener Flüssigerdgas-Terminal sind wegen der Sturmwarnung für die Ostsee vorübergehend unterbrochen worden. Das Schiff „Castoro 10“ habe sich entsprechend Wind und Wellen neu ausgerichtet und die Arbeiten ruhten, sagte ein Sprecher des zuständigen Gasnetzbetreibers Gascade am Donnerstag. Seitens des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie gibt es eine Sturmflutwarnung für die Ostseeküste, die auch das Gebiet um Rügen betrifft.

Die „Castoro 10“ ist etwa auf Höhe des Ortes Thiessow vor Rügen. Derzeit seien bereits etwa 22 Kilometer der insgesamt rund 50 Kilometer langen Anbindungsleitung verlegt worden. Die Pipeline-Rohre sind jeweils etwa zwölf Meter lang und haben einen Durchmesser von rund 122 Zentimetern. Die gesamte Pipeline soll bis Ende des Jahres verlegt sein.

Die Offshoreleitung soll den Gasleitungsknotenpunkt

Lubmin mit Mukran verbinden. Dort sollen zwei Spezialschiffe stationiert werden, die Flüssigerdgas (LNG) aufnehmen, wieder in den gasförmigen Zustand bringen und über die Anbindungsleitung ins Gasnetz einspeisen.

Die „Castoro 10“ wurde schon beim Bau der deutsch-russischen Gaspipelines Nord Stream 1 und 2 eingesetzt. Für die Anbindung an das LNG-Terminal werden nicht verwendete Röhren von Nord Stream 2 verbaut. Die Bundesregierung hatte sie zu diesem Zweck von der Nord Stream 2 AG gekauft.

Nach Ansicht des Bundes ist das Terminal wichtig für die Sicherheit der Energieversorgung auch im Falle eines kalten Winters oder falls andere Lieferwege ausfallen sollten. Kritiker sprechen hingegen von nicht benötigten Überkapazitäten und fürchten um die Umwelt Rügens und den für die Insel wichtigen Tourismus.

## Müllfrage nun vor Gericht

### **KKW-Rückbau: Deponiebetreiber aus Büttelborn klagt gegen Mitbenutzungsanordnung, die der ZAKB beim RP erwirkt hatte**

**Bergstraße.** Etliche Tonnen Bauschutt sind inzwischen beim Rückbau des Kernkraftwerks Biblis angefallen. 60 Tonnen davon gelten als sogenannter spezifisch freigemessener Abfall. Das heißt, es handelt sich um Abfall, der auf seine Strahlenbelastung untersucht und für deponierbar erklärt wurde. Liegt die gemessene Belastung der Baumaterialien wie Beton, Ziegeln, Fliesen und Keramik unter zehn Mikrosievert, wird der Müll freigegeben und kann auf einer Deponie abgelagert werden.

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße (ZAKB) ist als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger im Kreis verpflichtet, diesen Bauschutt zu beseitigen. Dafür braucht es aber eine entsprechend zugelassene Deponie. Die wiederum hat der Kreis nicht mehr, seit die Ablagerung in Hüttenfeld 2005 aufgegeben wurde. Deswegen hat sich der ZAKB bundesweit bemüht, eine entsprechende Deponie zu finden. Dabei gilt: Sie soll sich möglichst im selben Bundesland befinden und der Transportweg nicht zu weit sein. Da sich auf diesem Wege kein Deponiebetreiber fand, hat der ZAKB im vergangenen Jahr einen Antrag auf Mitnutzung der Deponie in Büttelborn im Kreis Groß-Gerau gestellt. Diese ist eine der Klasse II und damit für die Lagerung dieses spezifisch freigemessenen Abfalls geeignet.

Im Juli hat das Regierungspräsidium (RP) Darmstadt den Antrag des ZAKB auf Mitnutzung genehmigt. Es bestünden keine Zweifel an der Ungefährlichkeit der freigemessenen Abfälle, hieß es damals seitens des RP. Allerdings hat das Regierungspräsidium zwar die Mitbenutzungsanordnung erteilt. Nicht erteilt wurde der sofortige Vollzug dieser Anordnung. Deswegen verweigert der Deponiebetreiber Südhessische Abfall-Verwertungsgesellschaft mbH (SAVAG) weiterhin die Annahme des Mülls aus Biblis.

#### **Aufschiebende Wirkung**

Dies hat Kreisbeigeordneter Matthias Schimpf (Grü-

ne) in seiner Funktion als Verbandsvorsitzender des ZAKB in der Verbandsversammlung am Donnerstag noch einmal dargestellt. „Wir müssen diesen deponiepflichtigen Abfall entsorgen, er darf nicht – wie anderer Bauschutt – in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt werden“, machte er die Lage deutlich. Die Tatsache, dass das Regierungspräsidium aber den sofortigen Vollzug der Anordnung nicht mitangeordnet habe, habe dazu geführt, dass die SAVAG gegen den Bescheid klage. Das hat aufschiebende Wirkung und solange über diese Klage nicht entschieden ist, wird kein Müll nach Büttelborn transportiert werden können. „Das kann dauern“, befürchtet der Verbandsvorsitzende. Aus Schimpfs Sicht widerspricht das dem Recht auf unmittelbare Entsorgung.

Deswegen habe der Zweckverband nun wiederum beim Verwaltungsgericht Darmstadt einen Antrag auf Sofortvollzug der Mitbenutzungsanordnung gestellt. „Wir rechnen mit einer schnellen Entscheidung“, gab sich Schimpf optimistisch, dass doch bald die ersten Laster nach Büttelborn rollen können.

Bis dahin lagert der Müll in fest verschlossenen Containern auf dem Kraftwerksgelände in Biblis, wie dessen Sprecher Alexander Scholl am Donnerstag auf Nachfrage dieser Redaktion bestätigte. „Wir können einen schnellen, reibungslosen Rückbau, der ein gesetzlicher Auftrag ist, nur gewährleisten, wenn der Abfall auch entsprechend entsorgt wird“, sagte Scholl. Wenn dies nicht geschehe, werde der logistische Aufwand der Entsorgung immer größer. Insgesamt werden etwa 3200 Tonnen solchen Abfalls anfallen, die nach und nach abtransportiert werden müssen. Bis jetzt sind es – wie gesagt – 60 Tonnen. „Damit wir vorankommen, brauchen wir die Entsorgungswege“, so Scholl. Deswegen unterstütze RWE als Betreiber des Kraftwerks und Verantwortlicher für den Rückbau den Antrag des ZAKB und hat einen ähnlich lautenden ebenfalls beim Verwaltungsgericht eingereicht.

Anders als Matthias Schimpf will Scholl noch nicht da-

von sprechen, dass RWE Schadensersatzforderungen gegenüber dem ZAKB geltend machen könnte, wenn der Verband die Entsorgung nicht zeitnah leisten kann. Für Schimpf war das in der Verbandsversammlung aber durchaus ein drohendes Szenario. „Wir können nicht nachvollziehen, warum der Sofortvollzug nicht gleich mit angeordnet wurde“, sagte er in der Versammlung. Ein Versehen hält er für ausgeschlossen.

Das Regierungspräsidium Darmstadt teilte am Donnerstag auf Anfrage dieser Redaktion mit, dass der Antrag des ZAKB auf Anordnung des Sofortvollzugs abgelehnt worden sei, „da die Voraussetzungen für dessen Anordnung nicht vorliegen“. Deswegen sei allein ein Bescheid zur Mitbenutzung ergangen. Weitere Auskünfte seien zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich, weil es nun ein Gerichtsverfahren gebe.

### **Fehlende Voraussetzungen**

📰 Neue Westfälische - Höxtersche Kreiszeitung | 20.10.2023 | S. 16

📄 Auflage: 3.079 | Reichweite: 19.198

👤 Torsten Wegener

## Würgassen: Umweltminister zeigt klare Haltung

**Ein Atommülllager in Würgassen ist für den niedersächsischen Minister Christian Meyer nicht realisierbar. Er hofft auf eine kluge Entscheidung aus dem Umweltministerium.**

**Lauenförde.** Vermutlich noch in diesem Jahr wird vom Bundesumweltministerium die Entscheidung getroffen, ob Würgassen tatsächlich der Standort für ein bundesweites Zwischenlager für atomaren Müll werden soll. Geht es nach Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer (Grüne), so lautet die Antwort klipp und klar Nein! Dies sagte er noch einmal unmissverständlich bei einer Informations- und Diskussionsrunde im Lauenförder Bürgerzentrum.

Auf Einladung des Grünen-Kreisverbandes Holzminden sprach der Umwelt- und Energieminister des Landes Niedersachsen „von skandalösen und fahrlässigen Planungen im Umgang mit den radioaktiven Abfällen.“ Es müssten Lösungen für den radioaktiven Müll in Deutschland gefunden werden, Würgassen sei jedoch kein Teil dieser Lösung. Meyer fordert eine neue und faire Standortauswahl, die transparent und nach fachlichen Kriterien erfolge. Der Minister würde dafür auch in Kauf nehmen, dass in seinem Bundesland Niedersachsen ein neues Fass mit atomaren Problemen aufgemacht werden könnte.

Der Grünen-Politiker aus Holzminden setze darauf, dass sich das Bundesumweltministerium die vielen Sachargumente zu eigen mache, die gegen Würgassen sprechen und eine andere Entscheidung treffen wird. Es sei ein Gebot von Anstand und Ehre, die Standortkriterien für ein Bereitstellungslager richtig anzuwenden. Deswegen sei er auch guter Hoffnung, dass das Bundesumweltministerium die Fehleinschätzung korrigiere. Dabei zieht Meyer auch eine Stellungnahme des Bundesumweltministeriums vom 9. Oktober heran, in der sich das Ministerium nicht hinter die Entscheidung der Entsorgungskommission des Bundes (ESK) stelle. Die ESK hält das Gelände des ehemaligen Atomkraftwerks Würgassen als Logistikzentrum für Atommüll für am besten geeignet und sorgte mit dieser Einschätzung für großen Unmut bei den Politikern und den Aktivisten in der Region.

„Die Auffassung der Entsorgungskommission, dass die selbst aufgestellten Kriterien für ein Atommülllager der Hochwasserfreiheit und der Zweigleisigkeit beim Bahnanschluss jetzt im Nachhinein aufgehoben werden, irritiert“, so Niedersachsens Umweltminister. „Ein Bau in einem hochwassergefährdeten Gebiet für ein so sensibles Lager schließe ich aus. Das Argument, dass im hochwassergefährdeten Gebiet ja aufgeschüttet und das Niveau angehoben werden könnte, macht das Kriterium der Hochwasserfreiheit absurd. Ebenso wird überhaupt nicht auf die geringen Abstände zur Wohnbebauung in Niedersachsen und NRW eingegangen. Wenn es um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger geht, darf es keine Rabatte oder Abstriche geben. Auch das Straßen- und Schienennetz ist nicht geeignet“.

Standpunkte die Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) ebenso vertritt. Bei einer öffentlichen Veranstaltung in Helmarshausen betonte Weil vor gut drei Wochen, dass er Würgassen für den falschen Standort halte.

Niedersachsens Landesregierung fordert vom Bund, die Suche nach einem geeigneten Standort für ein zentrales Zwischenlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle neu aufzurollen. „Sollte dann immer noch der Bedarf eines Zwischenlagers bestehen, dann können wir uns aber auch nicht verschließen, dass dieses Lager näher an Schacht Konrad heranrückt und somit direkt auf niedersächsischem Boden liegt. Aber es gibt nun mal diesen radioaktiven Müll und wir haben eine Verantwortung, dass er bestmöglich entsorgt wird“, so Christian Meyer.

In Deutschland existieren an insgesamt 42 Standorten Zwischenlager für radioaktive Abfälle, die an das Endlager Konrad zur Endlagerung geliefert werden sollen. Seit dreieinhalb Jahren (6. März 2020) ist die Öffentlichkeit in Kenntnis gesetzt, dass diese Gebinde aus dem Bundesgebiet zuvor in einer Bereitstellungshalle

in Würiggassen zwischengelagert und für die Endlagerung sortiert werden sollen, um sie dann passgenau zum Schacht Konrad zu transportieren. Dies sollte, so die Erklärung der BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung, die Zwischenlager entlasten und insgesamt eine schnellere Einlagerung im Schacht Konrad bewirken.

Seit dreieinhalb Jahren ist aber bereits auch der Widerstand in der Region gegen diese Planung aktiv. Bürgerinitiativen haben sich gebildet und neben den Anrainerkommunen und -landkreisen haben sich auch viele Bundes- und Landtagsabgeordnete der Region deutlich gegen das sogenannte Logistikzentrum Konrad (LoK) ausgesprochen.

Gerd Henke (Grüne) blickte als Organisator und Mo-

derator der Veranstaltung in eine voll besetzte Halle. Auch viele Politiker aus der Region waren dabei und zollten dabei auch den Bürgerinitiativen Atomfreies Dreiländereck und Lebenswertes Bördeland und Diemeltal großes Lob, „die seit dreieinhalb Jahren fundiert über das Thema informieren“, so die einhellige Meinung.

Auch an dem Abend führten Edith Götz (BI Lebenswertes Bördeland), Martin Hoppe, Dirk Wilhelm (beide BI Atomfreies Dreiländereck) und Geologe Claus Schubert ausführlich in das Thema ein. Gleich vier Ausschlusskriterien seien gebrochen worden, um den Standort Würiggassen durchzudrücken, informierten sie.